

Politischer Druck gegen Geldspielgesetz steigt

Forderungen Neben positiven Stimmen gab es in der gestrigen Landtagsdiskussion zu den Casinos auch kritische – jene Abgeordneten präsentierten aber gleich Lösungsvorschläge.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Die Aktuelle Stunde im gestrigen Landtag wurde fast bis auf die letzte Minute Redezeit genutzt. Von allen Parteien beteiligte sich mindestens ein Abgeordneter. Dabei war die Stimmungslage gespalten. Es gab Befürworter sowie Kritiker des Geldspielgesetzes. Thomas Vogt, Abgeordneter der Vaterländischen Union (VU), erklärte, dass der Hype um die Bewilligungen sehr bald abflachen werde. Dazu stünden die Casinos unter strikter Beaufsichtigung.

Die Kritiker des Geldspielgesetzes jedoch stellten konkrete Forderungen. Eine davon war Helen Konzett von der Freien Liste. Sie stellte klar, dass das Geldspielgesetz so nicht funktionieren könne. «Die Steuersätze müssen nach oben korrigiert werden und es muss eine Konzessionsbeschränkung ge-

ben», sagte sie. Auf Anfrage teilte Konzett mit, dass die Freie Liste plane, rasch mittels parlamentarischer Mittel hinsichtlich der genannten Punkte eine Gesetzesänderung zu erreichen. «Möglich, dass das nicht oder nur bedingt gelingt», so die Landtagsabgeordnete. In diesem Fall müsse das Volk die Angelegenheit in die Hand nehmen und eine Volksinitiative starten, um die Anzahl an Casinos zu beschränken oder auch allen Spielbanken die gesetzliche Grundlage für ihre Existenz wieder zu entziehen. Welches Mittel ergriffen werden müsste, hänge stark davon ab, zu welchen Gesetzesänderungen sich der Landtag durchringen könne. Davon hänge auch ab, wer die wie auch immer formulierte Volksinitiative starte. «Deshalb kann ich derzeit auch noch nichts dazu sagen, ob und wie die Freie Liste sich an der Unterschriften-

sammlung beteiligt», erklärte sie abschliessend.

Bewilligungsmoratorium für weitere Casinos

Neben Konzett war es auch Christoph Wenaweser von der Vaterländischen Union (VU), der eine klare Aussage machte: «Liechtenstein erträgt nicht beliebige Mengen an Casinos.» Und so erklärte er, dass es für ihn «absolut vorstellbar sei, sehr schnell ein Bewilligungsmoratorium für weitere Spielbanken einzuführen.» Dies gilt bereits für Online-Geldspiele. Er fürchte vor allem einen Reputationsschaden. Dieser könnte seiner Ansicht nach schneller eintreten, als der Markt die Casinodichte zu regulieren imstande sei. Mit einem enormen Kraftakt gelinge es zunehmend, die Reputation Liechtensteins als Finanzplatz wiederherzustellen. «Wir sollten uns nicht der Gefahr aus-

setzen, in eine neue Schmutzdecke gedrängt zu werden», führte er aus. Der parteilose Johannes Kaiser wiederum sah die Chance, 50 Prozent der Einnahmen nicht dem Staat, sondern an zweckgebundene Vereine zu entrichten. Er schlug unter anderem vor, einen Prozentsatz davon Sozialwerken wie der AHV zu geben oder auch einen Betrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) zu bezahlen. Daniel Oehry von der Fortschrittlichen Bürgerpartei war zwar grundsätzlich für die Beibehaltung des jetzigen Systems, erklärte aber dennoch, dass man sich die Frage nach den Casino-Lizenzen stellen könnte: «Dann müsste man sich allenfalls über eine Versteigerung oder eine Verlosung unterhalten.» Gespalten wie Oehry zeigte sich die gesamte Diskussion. Einige der Abgeordneten waren klar gegen die Abänderung des Systems. **3**

Casinodiskussion entzweit den Landtag

Aktuelle Stunde Ein eindeutiges Stimmungsbild gab es in der gestrigen Landtagsdiskussion zum Thema der Beschränkung der Anzahl an Casinos nicht. Soll es der Markt regulieren oder soll nun doch der Staat eingreifen? Eine Diskussion mit vielen klaren Meinungen.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Wie viele Casinos verträgt Liechtenstein? Eine Frage, die die Landtagsabgeordneten gestern in der Aktuellen Stunde in zwei Fraktionen spaltete: Eine sprach sich dafür aus, den Markt spielen zu lassen, ohne dass der Staat beziehungsweise die Politik eingreift, und die andere wünschte sich eine Beschränkung der Casinobewilligungen. In der konkreten Ausgestaltung der verschiedenen Optionen waren die Abgeordneten aber anderer Meinung. Zwei Casinos bestehen bereits, ein weiteres soll bis im Spätsommer in Balzers realisiert werden, und noch zwei stehen in Eschen und Schaan in der Warteschleife. Eine Ausgangslage, mit der fast niemand gerechnet hat, auch nicht die Landtagsabgeordneten und die Regierung, als sie im Jahr 2016 für die Änderung des Geldspielgesetzes stimmten. Damit änderte sich das Bewilligungssystem grundlegend – seitdem ist es möglich, dass mehr als nur ein Casino in Liechtenstein Platz finden. Dass nun eben das passiert, mit dem niemand rechnete, bewegt die Gemüter in Liechtenstein. Die Freie Liste (FL) brachte nun das Thema in die aktuelle Stunde ein. Helen Konzett (FL) hielt das Eröffnungsreferat und stellte die zentrale Frage: «Ist das Resultat der Änderung noch im Sinne des Landtags?»

«Hype um die Bewilligungen wird bald abflachen»

Für Thomas Vogt von der Vaterländischen Union (VU) ist die derzeitige grosse Nachfrage nach einer Spielbankenbewilligung «eher überraschend». Er sieht das aber nicht als negativ an, denn man befände sich in einem Ver-



Thomas Vogt (VU): «Die Anzahl der Casinos wird sich in den nächsten Jahren auf einem moderaten Niveau einpendeln.» Bild: Tatjana Schnalzger

drängungswettbewerb. «Ich gehe davon aus, dass der Hype um die Spielbankenbewilligungen schon sehr bald abflacht und sich die Anzahl der Spielbanken in den nächsten Jahren auf einem moderaten Niveau einpendeln wird», erklärt er. Zudem habe das Geldspielgesetz im Bezug auf die strenge Regulierung und deren Beaufsichtigung seine Erwartungen erfüllt. Auf die Frage der Freien Liste nach einer allfälligen Steuererhöhung, meinte Thomas Vogt, dass die Einnahmen mit 19 Millionen Franken bereits erheblich und die Aufwendungen bei den Ämtern auch mehr als gedeckt seien. «Liechtenstein sollte die Steuersätze nicht ständig verändern. Das würde Liechtenstein als verlässlichen Partner in Frage stellen», führte er aus. Im Bezug

auf das ebenfalls viel diskutierte Thema der Spielsucht meinte Vogt, dass dieses Problem seit Langem bestehe und sich nicht durch die Liechtensteiner Casinos verschärft habe. Grund dafür seien auch die strikten Kontrollen der Spielbanken selbst. So wird jeder Spieler, der sich auffällig verhält, von den Mitarbeitenden an die Geschäftsleitung gemeldet und muss sich in der Folge erklären. Das Amt für Volkswirtschaft kontrolliert ihrerseits zudem die Spielbanken. Würden sie sich nicht an die Vorgaben halten, riskieren sie laut Vogt einen hohen Reputationsschaden sowie allfällige Klagen. Daniel Oehry von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) schloss sich Thomas Vogt an und erklärte, dass seine Recherchen in den Casinos ergeben

hätten, dass die Kontrollen gut funktionieren würden. Er resümierte: «Die jetzigen Rahmenbedingungen sollen bestehen bleiben, das ist wichtig für Liechtenstein.» Er sieht zudem keinen Reputationsschaden für Liechtenstein, auch weil man sich in einem Verdrängungsmarkt bewege.

«Höchstens zwei Casinos überlebensfähig»

Erich Hasler von der Neuen Fraktion (NF) war klar der Meinung, dass sich der Markt im Bezug auf die Anzahl an Casinos mit der Zeit selbst regulieren werde. Seiner Ansicht nach sind höchstens zwei überlebensfähig. «Die privaten Investoren müssen wissen, ob sich eine zusätzliche Spielbank rentiert oder nicht», betonte er. Bisher seien zudem die Einnah-

men für den Staat mehr gesprundet als erwartet. Liechtenstein solle auch etwas vom Kuchen abbekommen, der bislang ins Ausland verteilt wurde.

«Der Markt kann das nicht regeln»

Die Kritiker des neuen Geldspielgesetzes sind hauptsächlich in der Freien Liste angesiedelt. Aber auch Abgeordnete der VU sowie der FBP äusserten sich kritisch. So beispielsweise Landtagspräsident Albert Frick: «Ich würde einer Beschränkung der Anzahl an Konzessionen zustimmen.» Der Markt könne das nicht regeln, denn es sei ein grosser Unterschied zwischen der Tatsache, wie viele Kleidergeschäfte es in Liechtenstein gibt und wie viele Casinos. «Es werden ungeheure Sum-

men in den Casinos verspielt und die meisten gehen als Verlierer nach Hause», erklärte er. Dieses Geld würde irgendwo anders benötigt und die Leidtragenden sind daher die Spieler und auch deren Familien. «Den Ruf von Liechtenstein als Steueroase loszuwerden war Knochenarbeit», und weiter fragte er sich: «Wollen wir wirklich für das schnelle Geld aus den Casinos unsere Reputation auf das Spiel setzen?» Drei Casinos sind laut Albert Frick genug.

Thomas Lageder (FL) griff den Bruttospielertrag auf – er errechnet sich aus den Einsätzen der Spielenden minus Gewinne. Dieser beträgt für das vergangene Jahr pro Casino 27,5 Millionen Franken. «Insgesamt wurden in den liechtensteinischen Casinos also 55 Millionen Franken verzockt», führte er aus. Hätten die Casinos an 365 Tagen geöffnet, ergäbe das laut Lageder Tagesumsätze von 75 000 Franken. Nach den Abzügen hätten die Casinos «konservativ geschätzt» 30 Millionen Franken im Jahr verdient. «Die Casinos sind Goldesel, sie sollten deutlich höher besteuert werden», betonte er. Die Gewinne bezeichnete er als «obszön». Eben deswegen müsse Zaster für den Staat heraus schauen. Lageder hätte sich ein richtiges Casino für Liechtenstein gewünscht, das auch eine gewisse Anziehungskraft für Touristen mit sich brächte.

Günter Vogt (VU) brachte einen weiteren Aspekt in die Diskussion, und zwar jenen der Spielbanken in Wohngebieten. Er ist aber gegenüber dem Geldspielgesetz positiv gestimmt und erklärte, dass die Regulierung der Spielbanken in Liechtenstein sehr hoch sind. «Die Gefahr für Spielsucht ist im nicht regulierten Online-Bereich wesentlich grösser.»